

## **Liefervertragsentwurf**

**zum Vergabeverfahren**

**Bau und Wartung eines Batteriespeichersystems mit einer Leistung von ca. 12  
MW elektrisch und eine Kapazität von ca. 24 MWh oder 48 MWh**

**am Standort Rheinkai Nord**

**Projekt BESS Rheinkai Nord**

### **Zwischen**

**Stadtwerke Duisburg AG  
Bungertstr. 27  
47053 Duisburg**

- nachfolgend Auftraggeber oder AG genannt –

Und

.....

- nachfolgend Auftragnehmer oder AN genannt -

## **Inhalt Allgemeine Bedingungen:**

Angaben zur Anfrage und zur Vergabe des Auftrages.....	4
1. Vertragsbestandteile, Geltungsbereich, Grundlagen .....	6
2. Abweichende Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers.....	7
3. Vertragsübertragung.....	7
4. Preis.....	7
5. Zahlungsbedingungen, Zahlungsplan .....	7
5.1 Zahlungsplan.....	7
5.2 Rechnungen .....	8
5.3 Zahlungsfristen.....	9
6. Sicherheiten .....	9
6.1 Vorauszahlungsbürgschaft .....	9
6.2 Gewährleistungsbürgschaft .....	9
6.3 Bürgschaftsform.....	10
7. Termine .....	10
8. Änderungen .....	11
8.1 Änderungsverlangen des AG .....	11
8.2 Nachtragsangebot des AN .....	11
8.3 Nachtragsvereinbarung .....	12
8.4 Anordnungsrecht des AG.....	12
8.5 Kein Leistungsverweigerungsrecht.....	13
8.6 Formerfordernisse .....	13
8.7 Anspruch auf Terminverschiebung.....	13
8.8 Anspruch auf Kostenersatz.....	13
8.9 Leistungen auf Stundenbasis oder Tagessatzbasis .....	14
8.10 Wegfall von Leistungen .....	15

9.	Vertragsstrafe / Minderung.....	15
9.1	Vertragsstrafe bei Terminverzug.....	15
9.2	Minderung .....	15
10.	Liefer- und Leistungsverzögerungen .....	16
11.	Insolvenz des Auftragnehmers oder des Auftraggebers.....	17
12.	Haftung .....	17
13.	Versicherungen.....	17
14.	Abnahme.....	18
15.	Schulung, Inbetriebnahme, Probetrieb, Betriebsübernahme, Schlussabnahme und Gewährleistungszeit.....	18
16.	Gewährleistung / Beschaffenheitsmerkmale.....	20
17.	Verjährungsfrist für Mängelansprüche.....	20
18.	Mangelbeseitigung.....	21
19.	Rücktritt.....	21
20.	Gewerbliche Schutzrechte .....	21
21.	Geheimhaltung.....	21
22.	Behandlung von Unterlagen .....	21
23.	Urheberrecht.....	21
24.	Vertragssprache .....	21
25.	Erfüllungsort und Gerichtsstand .....	21
26.	Schriftformerfordernis .....	21
27.	Salvatorische Klausel.....	21
28.	Abnahme im Lieferwerk .....	24

## **Angaben zur Anfrage und zur Vergabe des Auftrages**

Gegenstand dieser GU-Anfrage ist die komplette Planung und Auslegung inkl. Zuarbeit zur Genehmigung, Konstruktion und Fertigung, Projektleitung, Lieferung und Transport frei Baustelle inklusive sämtlicher Prüfungen und Abnahmen im Werk und auf der Baustelle, Bauleitung, vollständige betriebsfertige Montage und Reinigung inklusive Zubehör, vollständige Dokumentation und Kennzeichnung, Inbetriebsetzung inkl. Parametrierung, Probetrieb und Durchführung von Leistungstests inklusive Nachweis der garantierten Beschaffenheitsmerkmale für

- Bau und Wartung eines Batteriespeichersystems mit einer Leistung von ca. 12 MW elektrisch und eine Kapazität von ca. 24 MWh oder 48 MWh am Standort Rheinkai Nord

inklusive sämtlicher zugehöriger elektrotechnischer, leittechnischer und verfahrenstechnischer Infrastruktur sowie allem für einen ordnungsgemäßen Betrieb erforderlichen Zubehör.

Der AN hat vor Abgabe seines Angebotes sicherzustellen, dass Material- und Lieferschwierigkeiten und Kapazitätsengpässe nicht gegeben sind.

## **Bedingungen und Vorschriften, Vereinbarungen**

Dem Angebot liegen folgende Vertragsbedingungen zugrunde, die bei ggf. sich widersprechenden Klauseln in nachstehender Reihenfolge gelten:

1. diese Allgemeinen Bedingungen
2. die Spezielle technische Spezifikation mit allen Anlagen mit Datum

Zur Vereinfachung der Vergabevorbereitung werden im Zuge der Angebotseinholung zunächst alle Bieter als Auftragnehmer bezeichnet, obwohl die Beauftragung erst nach Vergabe an einen Bieter durch den Auftraggeber erfolgt.

## **Allgemeine Bedingungen**

Die Bearbeitung und Abgabe dieses Angebotes erfolgt für den Auftraggeber (AG) kostenlos und unverbindlich. Die in der technischen Spezifikation dargelegten Anforderungen entbinden den Auftragnehmer (AN) nicht von der Verantwortung für die technisch beste Lösung. Sollten die Ausschreibungstexte des Auftraggebers dieser entgegenstehen, so hat sich der potenzielle AN vor Abgabe des Angebotes rechtzeitig mit dem AG/beratenden Ingenieur ins Benehmen zu setzen. Grundsätzlich ist die technisch beste Lösung anzustreben.

In der technischen Spezifikation nicht aufgeführte Teile, die der AN jedoch als notwendig erachtet oder aufgeführte, die als nicht notwendig angesehen werden, sind auf einem besonderen Blatt aufzuführen und zu kennzeichnen.

Alternativvorschläge, die vom AN als günstiger gehalten werden, können mit entsprechender Begründung als Nachtrag zum eigentlichen Angebot beigefügt werden.

# 1. Vertragsbestandteile, Geltungsbereich, Grundlagen

Die kaufmännischen Vertragsbedingungen **sind Bestandteil des Vertrages**.

- 1.1 Alle technischen Vertragsbestandteile sind in den Leistungsbeschreibungen der einzelnen Gewerke aufgeführt. Sie gelten auch für Nachträge und Folgeaufträge, es sei denn, die Vertragsparteien treffen ausdrücklich und schriftlich abweichende Vereinbarungen.
- 1.2 Bei etwaigen Widersprüchen im Vertrag gelten die Vertragsbestandteile in der dort genannten Rangfolge. Bei Widersprüchen innerhalb der gleichen Rangstufe ist im Zweifel die höherwertige Leistung zu erbringen.
- 1.3 Der AN hat alle gesetzlichen Vorschriften, die für die Herstellung und den Betrieb des von ihm zu errichtenden Leistungsumfangs einschlägig sind, in ihrer jeweils geltenden Fassung einzuhalten, soweit sie seine Leistungen betreffen.
- 1.4 Der AN schuldet als Mindeststandard die Einhaltung des Stands der Technik zum Zeitpunkt der Abnahme, insbesondere die Einhaltung der einschlägigen Europäischen Normen (EN), der AGFW-Regelwerke sowie die Normen des Deutschen Institutes für Normen e. V., ferner VDE-, VdS-, VDI-, und TÜV-Vorschriften, soweit diese dem Stand der Technik entsprechen, auch wenn Anhänge zum Vertrag, z. B. die Leistungsbeschreibung, hinter dem Stand der Technik im Einzelfall zurückbleiben. Soweit ein höherer Standard vereinbart wurde, ist dieser einzuhalten.

Abweichungen vom aktuellen Stand der Technik oder der Leistungsbeschreibung bedürfen eines vorherigen schriftlichen Hinweises des AN und der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG.

Ergeben sich nach Vertragsschluss Änderungen des Standes der Technik oder der einschlägigen technischen Vorschriften und Normen, so hat der AN den AG hiervon unter detaillierter Darlegung der Änderung, der voraussichtlichen Kostenfolgen bei Umsetzung und der terminlichen Auswirkungen sowie sonstiger Auswirkungen, insbesondere auf die Besonderen Beschaffenheitsmerkmale, unverzüglich schriftlich zu unterrichten. Bewirken die Änderungen weder zusätzliche Kosten noch Verzögerungen, so hat der AN diese Änderungen bei der Vertragsdurchführung zu berücksichtigen. Anderenfalls ist der AG berechtigt, nach Maßgabe der Ziffer 6.4 (Anordnungsrecht des AG) zu entscheiden, ob die Änderungen durch den AN bei der Vertragsdurchführung berücksichtigt werden sollen.

- 1.5 Der AN ist verpflichtet, nur mängelfreie, funktionsfähige und neue Materialien und Teile zu verwenden. Der AN wird für Anlagen, Anlagenteile und Komponenten gleicher Funktion gleiche Fabrikate einsetzen. Soweit technisch und wirtschaftlich möglich, müssen Anlagen, Anlagenteile und Komponenten untereinander austauschbar sein. Ersatz- und Verschleißteile müssen schnellstmöglich ausgewechselt werden können. Alle Anlagenteile

und Komponenten müssen für Betrieb und Wartung leicht zugänglich sein.

## **2. Abweichende Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers**

Abweichende oder zusätzliche Geschäftsbedingungen des ANs werden nicht anerkannt, auch wenn der AG diesen nicht ausdrücklich widerspricht. In Auftragsbestätigungen eingedruckte oder maschinenschriftlich aufgenommene Hinweise auf derartige Bedingungen des ANs haben daher keine Wirkung gegenüber dem AG. Ebenso wenig gilt die Leistung von An- und Zwischenzahlungen oder die Entgegennahme von Lieferungen oder Leistungen als Annahme dieser Bedingungen.

## **3. Vertragsübertragung**

- 3.1 Der AN darf ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AGs seine vertraglichen Verpflichtungen weder ganz noch teilweise auf Dritte übertragen. Sollte dies trotzdem notwendig werden, hat der AN vor Vertragsabschluss eine Liste mit den vorgesehenen Subunternehmern einzureichen. Dies gilt auch für einzelne Rechte aus dem Vertrag, ausgenommen die Abtretung von fälligen oder künftigen Zahlungsansprüchen an Banken des ANs zum Zwecke der Refinanzierung dieses Auftrags.
- 3.2 Bei Zuwiderhandlung ist der AG berechtigt vom Vertrag zurückzutreten und Schadensersatz vom AN zu verlangen.

## **4. Preis**

Die Leistung wird zu einem Pauschalpreis beauftragt, so ist der in der Bestellung genannte Preis ein Festpreis für sämtliche vertraglichen Leistungen des ANs, soweit nichts anderes vereinbart ist.

Der vertraglich vereinbarte Liefer- und/oder Leistungsumfang kann nur nach gegenseitiger Abstimmung zwischen dem AG und dem AN geändert werden. Etwaige Mehr- oder Minderleistungen sind vor Ausführung der Änderung schriftlich anzubieten und vom AG schriftlich zu beauftragen.

## **5. Zahlungsbedingungen, Zahlungsplan**

### **5.1 Zahlungsplan**

Für die Zahlungen des AG auf den Nettopauschalpreis wird folgender Zahlungsplan vereinbart:

Nr.	Anteil der Vergütung in %	Bezeichnung	Inhalt, Definition auslösendes Ereignis
1	20	Anzahlung	Nach Auftragsbestätigung gegen Stellung einer Vorauszahlungsbürgschaft  in Höhe der Anzahlung
2	30	Anlieferung der Hauptkomponenten	Nach Anlieferung an den Aufstellungsort
3	20	Verbau aller Hauptkomponente	Verbau aller Hauptkomponenten inkl. der Feldtechnik und Schaltanlage
4	20	Inbetriebnahme	Abschluss der IBS
5	10	Abnahme und Übergabe Dokumentation	Abnahme, Übergabe der vollständigen Enddokumentation, Stellung einer Gewährleistungsbürgschaft

Die Rückgabe der Vorauszahlungsbürgschaft erfolgt mit Lieferung aller Hauptkomponenten (Batterie-Einheiten, Umrichter, Trafos und Schaltschränke).

Der AN ist erst nach Erfüllung des jeweiligen Meilensteines, nicht jedoch früher als zu den genannten Frühestterminen, berechtigt, die einzelnen Raten in Rechnung zu stellen.

Die Abschlagszahlungen können nur im Umfang des jeweils erreichten und nachgewiesenen Leistungsstandes abgerechnet werden. Sofern Leistungen mangelhaft sind oder fällige Leistungen nicht erbracht wurden, kann der AG von Zahlungen angemessene Einbehalte vornehmen.

## 5.2 Rechnungen

Voraussetzung für jede Zahlung ist eine prüfbare Rechnungsstellung. Alle notwendigen Rechnungsunterlagen (z.B. Mengenberechnungen, Abrechnungs-Zeichnungen, Handskizzen) sind einfach der Rechnung beizufügen. Mit Zahlungen ist kein Anerkenntnis der Leistung als ordnungsgemäß erbracht oder in der abgerechneten Menge angefallen verbunden.

Im Falle von Überzahlungen sind diese nach Zugang der Rückzahlungsaufforderung der AG zurückzuzahlen. (7.5. gilt entsprechend) Der AN kann sich in diesem Fall nicht auf Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.



### **5.3 Zahlungsfristen**

Die Zahlung der Abschlagsrechnungen ist innerhalb von 10 Werktagen und die Zahlung der Schlussrechnung ist innerhalb von 30 Kalendertagen nach Eingang einer prüffähigen und ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig.

Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit der Zahlung ist nicht der Zahlungseingang, sondern die Vornahme der Zahlungshandlung durch den AG, bei einer Überweisung also die Erteilung des Überweisungsauftrages.

## **6. Sicherheiten**

### **6.1 Vertragserfüllungsbürgschaften**

Spätestens vierzehn (14) Kalendertage nach Beauftragung hat der AN eine Vertragserfüllungsbürgschaft i. H. v. 10 % des Nettopauschalpreises für die Leistungen zu übergeben.

Solange der AN die Sicherheit nicht leistet, ist der AG berechtigt, die vereinbarten Zahlungen nach Zahlungsplan in der Höhe einzubehalten, bis der Sicherheitsbetrag erreicht ist. Der AN ist berechtigt, diesen Einbehalt durch Stellung einer Bürgschaft nach Maßgabe dieser Ziffer abzulösen.

Die Vertragserfüllungsbürgschaft für die Leistungen wird auf Verlangen des AN nach der Abnahme Zug um Zug gegen Leistung einer Mängelhaftungsbürgschaft durch den AN zurückgegeben, es sei denn, dass von der Bürgschaft gesicherte Ansprüche des AG, die nicht von der gestellten Bürgschaft für Mängelansprüche und andere Rechte abgedeckt sind, nicht erfüllt sind. Dann darf der AG für diese Ansprüche einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückbehalten.

### **6.2 Vorauszahlungsbürgschaft**

Voraussetzung für die Auszahlung der Vorauszahlungen gemäß dem Zahlungsplan ist die Stellung jeweils einer Vorauszahlungsbürgschaft auf erstes Anfordern in Höhe des auszahlenden Betrages.

Die Vorauszahlungsbürgschaften werden nach Erreichung des Leistungsstandes, der Vorauszahlung entspricht, vom AG zurückgegeben, das heißt mit Erreichen des Zahlungsmeilensteins Nr. ....

### **6.3 Gewährleistungsbürgschaft**

Als Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus der Mängelhaftung der AN auf diesem Vertrag hat der AN kostenlos Sicherheit in Form von einer Gewährleistungsbürgschaft gemäß Musterbürgschaften (Anhang 6) in Höhe von 5 % des Netto-Schlussrechnungswertes zu hinterlegen.

Die Gewährleistungsbürgschaft beginnt mit der Abnahme aller mit dem AN vereinbarten Leistungen und ist dem AG spätestens 14 Kalendertage nach der Gesamtabnahme zur Verfügung zu stellen. Kommt der AN dieser Verpflichtung nicht nach, ist der AG berechtigt, einen Betrag in Höhe der vereinbarten Sicherheit einzubehalten.

Die Gewährleistungsbürgschaft ist mit Beendigung der Gewährleistungszeit (5 Jahre) auf schriftliches Verlangen des AN, nicht jedoch vor Erfüllung der Mängelansprüche, zurück zu gewähren.

## 6.4 Bürgschaftsform

Als Bürgschaften akzeptiert der AG ausschließlich für den AG kostenfreie, befristete, unbedingte und unwiderrufliche, selbstschuldnerische Bürgschaften.

Die Bürgschaften sind von einer Großbank oder Versicherung mit Sitz in der EU zu stellen, die mit einem Mindest-Rating von A- (Standard & Poors oder Moody's oder vergleichbarer Ratinginstitute) oder höher bewertet sind. Sollte das Rating einer bürgenden Bank unter das Mindestrating fallen, ist binnen fünf (5) Werktagen eine Bürgschaft einer anderen Bank mit dem Mindestrating, Zug um Zug gegen die Rückgabe der vorherigen Bürgschaft zu stellen; andernfalls kann der AG Zahlungen in Höhe der vom AN zu stellenden Bürgschaft einbehalten oder den Vertrag außerordentlich kündigen.

Die Bürgschaften haben den Bürgschaftsformularen nach Anlage **X03 bis X05** zu entsprechen,

## 7. Termine

Es gelten für die Ausführung der Arbeiten folgende Termine:

1. Fertigstellung der Aufstellungsplanung : 6 Wochen nach Bestellung
2. Anlieferung und Montage der Komponenten: spätestens bis 12 Monate nach Bestellung.
3. Ende Probetrieb: spätestens bis 16 Monate nach Bestellung.
4. Revidierte komplette Dokumentation für alle Komponenten: nach Abschluss des Probetriebes.
5. Die Anlage ist betriebsbereit und vom AG abgenommen: spätestens 17 Monate nach Bestellung

## **8. Änderungen**

### **8.1 Änderungsverlangen des AG**

Der AG ist berechtigt, jederzeit Änderungen des vereinbarten Werkerfolgs und Änderungen, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs notwendig sind (im Folgenden: „Leistungsänderungen“), zu verlangen. Dieses Recht gilt auch für Änderungen, die zu einer Veränderung der vertraglich bestimmten Bauzeit oder der Baumstände führen, z.B. Beschleunigungsmaßnahmen.

Dies gilt für Änderungen des vereinbarten Werkerfolges und für Änderungen der Baumstände nicht, wenn die Ausführung dem AN im Einzelfall auch unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen des AG unzumutbar ist, wenn z. B. der Betrieb des AN auf die Ausführung der Leistungsänderung nicht eingerichtet ist oder wenn die Ausführung der Leistungsänderung technisch unmöglich ist.

Wenn der AN der Auffassung ist, dass die Ausführung der Leistungsänderung dem AN unzumutbar ist, hat der AN dies dem AG unverzüglich, spätestens innerhalb von fünf (5) Werktagen nach Zugang des Änderungsbegehrens des AG mit detaillierter Begründung mitzuteilen.

Hat der AN fachliche Bedenken hinsichtlich des Änderungsverlangens, hat der AN hierauf unverzüglich schriftlich hinzuweisen.

Die §§650 a-d BGB (gem. der seit 01.01.2018 geltenden Fassung) werden durch die Vorschriften dieser Klausel modifiziert und finden keine Anwendung, die Parteien vereinbaren diese Vertragsregelung als abschließend.

### **8.2 Nachtragsangebot des AN**

Darüber hinaus hat der AN dem AG unverzüglich, spätestens innerhalb von zehn (10) Werktagen nach dem Änderungsverlangen, ein schriftliches Nachtragsangebot zu unterbreiten, welches die Vergütungs- und Terminfolgen sowie sonstige wesentlichen Auswirkungen, insbesondere etwaige Auswirkungen auf die Besonderen Beschaffenheitsmerkmale, detailliert beschreibt. Das gilt auch, wenn die Angebotserstellung Planungsleistungen erfordert, sofern dem AN die Erbringung von Planungsleistungen zumutbar ist, etwa weil sein Unternehmen auf die Bereitstellung entsprechender Planungsleistungen eingerichtet ist.

Das Angebot ist vom AN unter Berücksichtigung der Regelungen nach Ziffer 8.8 (Anspruch auf Kostenersatz) zu erstellen. Darüber hinaus hat der AN dem AG die etwaigen Terminfolgen darzulegen. Auswirkungen einzelner Leistungsänderungen auf die Vertragstermine sind konkret bauablaufbezogen darzustellen. Sofern der AN durch Leistungsänderungen bedingte Verzögerungen bei der Leistungserbringung nicht spätestens bei Vorlage seines Nachtragsangebots schriftlich mitteilt, ist eine Verschiebung der Vertragstermine aufgrund der Leistungsänderung ausgeschlossen.

Das Angebot ist auf Verlangen des AG vom AN im Einzelnen zu erläutern.

### **8.3 Nachtragsvereinbarung**

Den AG trifft die Obliegenheit, das Nachtragsangebot binnen angemessener Frist zu prüfen und dem AN das Prüfergebnis mitzuteilen. Ist der AG mit dem Nachtragsangebot des AN einverstanden, kommt die Nachtragsvereinbarung mit der schriftlichen Annahme des Angebotes zustande.

Der AG ist nicht verpflichtet, ein Nachtragsangebot, das er angefordert hat, auch tatsächlich zu beauftragen.

Ist der AG mit dem Nachtragsangebot des AN nicht einverstanden, so wird er dies dem AN unter Benennung der hierfür maßgeblichen Gründe mitzuteilen.

Die Parteien verpflichten sich, auf Verlangen einer Partei über das Angebot unverzüglich und kooperativ zu verhandeln, mit dem Ziel, Verzögerungen zu vermeiden und möglichst zeitnah Nachtragsvereinbarungen zu schließen, welche die Mehr- oder Minderkosten und etwaige Terminfolgen abschließend regeln.

### **8.4 Anordnungsrecht des AG**

Erzielen die Parteien keine Einigung über die Mehr- und/oder Mindervergütung, kann der AG die Ausführung einer Leistungsänderung schriftlich anordnen. Eine solche Anordnung soll grundsätzlich erst nach dreißig (30) Kalendertagen, gerechnet vom Zugang des Änderungsbegehrens beim AN, erfolgen.

Der AG ist darüber hinaus im Eilfall, wenn die Ausführung dringlich ist, oder wenn nach den konkreten Umständen davon auszugehen ist, dass Einigungsgespräche gescheitert sind, oder wenn das Interesse des AG an der sofortigen Ausführung der mit der begehrten Anordnung verbundenen Leistung das Interesse des AN an der vorherigen Vereinbarung einer Vergütung überwiegt und die Ausführung vor Ablauf der oben genannten 30-Tages-Frist für den AN zumutbar ist, jederzeit, auch vor Ablauf der 30-Tages-Frist, berechtigt, Änderungen schriftlich oder in Textform anzuordnen, auch wenn noch keine schriftliche Vereinbarung über die Mehr- und/oder Mindervergütung und/oder Terminauswirkungen getroffen ist. Ein Eilfall liegt insbesondere vor, wenn dem AG durch Abwarten der Frist von dreißig (30) Kalendertagen ein wesentlich größerer Schaden entsteht als dem AN durch Nichteinhaltung der Frist, zum Beispiel durch Verzögerung des Projekts.

Das Anordnungsrecht gilt für Änderungen des vereinbarten Werkerfolges und für Beschleunigungsmaßnahmen nicht, wenn die Ausführung dem AN im Einzelfall auch unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen des AG unzumutbar ist, wenn z. B. der Betrieb des AN auf die Ausführung der Leistungsänderung nicht eingerichtet ist oder wenn die Ausführung der Leistungsänderung technisch unmöglich ist. Die Regelungen gemäß Ziffer 6.1 (Änderungsverlangen des AG) Abs. 2 bis 4 finden entsprechende Anwendung.

Hat der AG eine Leistungsänderung wirksam angeordnet, ist der AN verpflichtet, die Leistungsänderung auszuführen.

Diese Regelung gilt entsprechend, wenn die Parteien uneinig darüber sind, ob die Leistung zum vertraglichen Leistungsumfang gehört, oder Streit über die Prüfbarkeit des vom AN überreichten Nachtragsangebotes besteht.

## **8.5 Kein Leistungsverweigerungsrecht**

Ein Leistungsverweigerungsrecht des AN wegen Streits über die Leistungsänderung und/oder wegen streitiger Kostenerstattungsansprüche und/oder wegen streitiger Terminverschiebungsansprüche ist ausdrücklich ausgeschlossen.

## **8.6 Formerfordernisse**

Anspruchsvoraussetzung für einen Terminverschiebungsanspruch des AN oder einen Mehrkostenerstattungsanspruch des AN aufgrund von Leistungsänderungen ist es, dass die Parteien eine schriftliche Nachtragsvereinbarung treffen oder der AG die Ausführung der Leistungsänderung schriftlich anordnet.

## **8.7 Anspruch auf Terminverschiebung**

Hat der AG eine Leistungsänderung formgerecht angeordnet, und führt dies zu einer Verzögerung der Leistungen des AN, hat der AN einen Anspruch auf Verschiebung der von den Verzögerungen betroffenen Vertragstermine, wenn die Leistungsänderung nicht vom AN zu verantworten ist.

Weitergehende oder sonstige Ansprüche auf Terminverschiebung wegen der Leistungsänderung, gleich aus welchem Rechtsgrund, sind ausgeschlossen.

Die Verzugsregelungen und die Bestimmungen zu Vertragsstrafenansprüchen/Ansprüchen auf pauschalierten Schadensersatz wegen Verzugs beziehen sich in diesen Fällen auf die verschobenen Vertragstermine. Das gilt auch bei einer wesentlichen Terminverschiebung oder bei einer Vereinbarung neuer Vertragstermine.

## **8.8 Anspruch auf Kostenersatz**

Hat der AG eine Leistungsänderung angeordnet, und führt dies zu Mehrkosten des AN, wird die Leistungsänderung auf Basis der vereinbarten Einheitspreise vergütet. Wurden keine Einheitspreise vereinbart, hat der AN einen Anspruch auf Ersatz der durch die Leistungsänderung verursachten Mehrkosten in dem in dieser Ziffer abschließend bestimmten Umfang, wenn die Leistungsänderung nicht vom AN zu verantworten ist.

Weitergehende oder sonstige Ansprüche des AN wegen der Leistungsänderung auf Zahlung, insbesondere auf Entschädigung, Schadens- und/oder Aufwendungsersatz, gleich aus welchem Rechtsgrund, sind ausgeschlossen.

Beruhend auf einer Verzögerung der Leistungen des AN, stehen dem AN nur Ansprüche wegen der Mehrkosten solcher Verzögerungen zu, die ausschließlich vom AG verursacht wurden. Sowie Kosten werden nicht erstattet.

Für sämtliche Kostenerstattungsansprüche gilt:

Der Ersatzanspruch des AN umfasst ausschließlich die Mehrkosten, die ursächlich auf die betreffende Leistungsänderung zurückzuführen sind. Geltend gemacht werden können nur vom AN nachzuweisende tatsächliche, objektiv angemessene erforderliche Kosten. Auf eigene Kosten erhält der AN einen Zuschlag für Allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn von 10 %. Auf Kosten Dritter erhält der AN einen Zuschlag für Koordinierung, Allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn von 15 %. Alle Kosten müssen jeweils detailliert durch Lieferantenrechnungen, Stundenaufstellungen etc. nachgewiesen werden, alle Preise müssen vollständig nachvollziehbar sein, Aufschläge werden nur einmal nach dieser Ziffer 6.8 (Anspruch auf Kostenersatz) gezahlt.

Ist aufgrund der Leistungsänderung eine Reduzierung der durch die Vertragsdurchführung dem AN entstehenden Kosten zu erwarten, so hat der AN dies vollumfänglich zu berücksichtigen und die Kostenersparnis zzgl. Allgemeiner Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn vollumfänglich zugunsten des AG in Abzug zu bringen.

Aufwand der Geschäftsführung, der kaufmännischen Verwaltung sowie der internen Rechtsberatung und andere Gemeinkosten werden nicht gesondert ersetzt, sie sind im o.g. Zuschlag enthalten.

## **8.9 Leistungen auf Stundenbasis oder Tagessatzbasis**

Die Vergütung auf Stundenbasis oder Tagessatzbasis setzt eine vorherige ausdrückliche schriftliche Vereinbarung mit dem AG, bestimmte Leistungen zu erbringen und diese nach den vereinbarten Stundensätzen abzurechnen, voraus. Soweit Leistungen nach Einigung der Parteien auf Stundenbasis oder Tagessatzbasis abgerechnet werden, sind die in Anhang... ... definierten Verrechnungssätze zugrunde zu legen. Bei Abrechnung auf Stundensatzbasis gilt:

Tagessätze sind ab einer täglichen Arbeitszeit von 8 Stunden anzusetzen, weitere Stunden werden nicht vergütet.

Die entsprechenden Stundenzettel sind innerhalb von zwei (2) Werktagen nach dem Tag der Arbeiten dem Projektleiter des AG zur schriftlichen Gegenzeichnung vorzulegen. Ein Anspruch auf Zahlung der entsprechenden Leistungen besteht nicht, wenn die Stundenzettel nicht innerhalb der vorgenannten Frist vorgelegt worden sind.

Die Stundenzettel müssen den Zusatzauftrag des AG, das Datum der Leistungserbringung, die Bezeichnung des Ausführungsortes, die Art der Leistung, Namen der Arbeitskräfte einschließlich der Qualifikation sowie geleistete Arbeitsstunden (detailliert aufgegliedert) enthalten.

Die Abzeichnung von Stundenlohnzetteln durch den AG bescheinigt lediglich die Anwesenheitszeiten des Personals des AN, sie stellt kein Anerkenntnis der Zahlungspflicht dar. Insbesondere bleibt die Prüfung vorbehalten, ob es sich bei den durchgeführten Arbeiten um Zusätzliche Leistungen handelt.

## **8.10 Wegfall von Leistungen**

Im Falle der Teilkündigung einzelner Leistungen kann der AN für die gekündigte Leistung die anteilige Vergütung verlangen, muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er in Folge der Teilkündigung an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt. Als berücksichtigungsfähige Ersatzaufträge sind insbesondere alle Aufträge bei der Realisierung des Projekts oder sonstige Ersatzaufträge des AG anzusehen.

## **9. Vertragsstrafe / Minderung**

### **9.1 Vertragsstrafe bei Terminverzug**

Soweit in der Bestellung bzw. in den technischen Spezifikationen und deren Anlagen nichts anderes vereinbart ist, gilt folgendes:

- 9.1.1 Werden pönalisierte Termine aus Gründen, die der AN zu vertreten hat, überschritten, so zahlt der AN den AG eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,3 % des Gesamtauftragswertes je Kalendertag der schuldhaften Verzögerung, maximal 5 % des Gesamtauftragswertes.
- 9.1.2 Weitergehende Schadensersatzansprüche werden hierdurch nicht ausgeschlossen.
- 9.1.3 Der AG kann sich die Geltendmachung der Vertragsstrafe abweichend von § 341 Abs. 3 BGB noch bei der Schlusszahlung vorbehalten.
- 9.1.4 Der AG ist zur Geltendmachung der Vertragsstrafe auch dann berechtigt, wenn er sich dieses Recht bei der Abnahme des Werkes nicht vorbehalten hat.

### **9.2 Minderung**

Folgende Leistungspönale für die Leistungsvariante 24 MWh ist beziffert:

Pönalen	Geldwert	Einheit
---------	----------	---------

Systemverfügbarkeit (ohne Wartung)	690,00 €	/% und MWh
Elektrische Nennleistung Pn @ Batterie PoC		
(laden/entladen):	500,00 €	/kW
Elektrische Entladungsspeicherkapazität nutzbar am Batterie-PoC (BOL und bei Nennleistung Pn):	230,00 €	/kWh
Roundtrip Efficiency	165.600,00 €	/%

Folgende Leistungspönale für die Leistungsvariante 48 MWh ist beziffert:

Pönalen	Geldwert	Einheit
Systemverfügbarkeit (ohne Wartung)	570,00 €	/% und MWh
Elektrische Nennleistung Pn @ Batterie PoC		
(laden/entladen):	500,00 €	/kW
Elektrische Entladungsspeicherkapazität nutzbar am Batterie-PoC (BOL und bei Nennleistung Pn):	230,00 €	/kWh
Roundtrip Efficiency	273.600,00 €	/%

Werden trotz zweimaliger Nachbesserung die geschuldeten Beschaffenheitsmerkmale / Haltbarkeitsgarantien nicht eingehalten, so ist der AG berechtigt, angemessene Abzüge vom Gesamtabchlusspreis der Anlage vorzunehmen.

Die Geltendmachung der übrigen Minderungsansprüche regelt sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

## 10. Liefer- und Leistungsverzögerungen

Soweit in der Bestellung bzw. in den technischen Spezifikationen und deren Anlagen nichts anderes vereinbart ist, gilt folgendes:

- 10.1 Kommt es während der Vertragserfüllung zu Verzögerungen der Arbeiten des ANs aus von ihm zu vertretenden Gründen und ist die Einhaltung der vereinbarten Termine in Frage gestellt, so ist der AN unter anderem verpflichtet, die Anzahl der Fach- und Hilfskräfte entsprechend zu erhöhen und in mehreren Schichten arbeiten zu lassen, ohne ein Anrecht auf Vergütung der Mehrkosten zu haben. Die erforderlichen Genehmigungen hat der AN



einzuholen.

- 10.2 Können die vereinbarten Termine nachweislich durch höhere Gewalt nicht eingehalten werden, so erfolgt unter Berücksichtigung der Gegebenheiten eine Neufestsetzung dieser Termine.
- 10.3 Bei Eintritt von Liefer- und Leistungsverzögerungen hat der AN dies dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen, die möglicherweise eintretenden Folgen aufzuzeigen und ggf. eine Besichtigung zu gestatten.
- 10.4 Grundsätzlich ist der AN verpflichtet, alle Vorkehrungen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der ursprünglichen Termine zu ermöglichen oder die Verzögerung abzukürzen.

## **11. Insolvenz des Auftragnehmers oder des Auftraggebers**

Ein beiderseitiges Rücktrittsrecht besteht im Insolvenzfall. Dieser ist gegeben, wenn ein Insolvenzverfahren über das Vermögen einer Partei beantragt wird und diese Partei entweder den Antrag selbst gestellt hat oder zahlungsunfähig oder sonst in einer Lage ist, die die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens rechtfertigt.

Dies gilt auch für die Fälle, in denen ein Antrag auf Zwangsverwaltung oder Liquidation gestellt wird.

## **12. Haftung**

Die Haftung richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

Wird der AG aufgrund einer vom AN zu verantwortenden Verletzung einer gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmung durch Dritte in Anspruch genommen, so ist der AN verpflichtet, den AG von Ansprüchen freizustellen.

Der AN hat die Baustelle, wie auch die eigenen Geräte und angelieferten Materialien vor Diebstahl, Vandalismus etc. gemäß seinem Ermessen zu schützen. Der AG kommt im Falle von Verlust oder Zerstörung nicht für evtl. Schäden auf.

## **13. Versicherungen**

Der AN schließt auf seine Kosten die notwendigen Versicherungen zur Abdeckung der Risiken bei der Durchführung der Maßnahme (insbesondere Transport-, Haftpflicht- und

Montageversicherung) in folgenden Höhen ab und legt entsprechende Nachweise dem AN vor Montagebeginn vor:

mindestens 5 Mio. Euro für Personen- und Sachschäden sowie mindestens 2 Mio. Euro für Vermögensschäden.

## **14. Abnahme**

Die Abnahme einzelner Teillieferungen und Teilleistungen erfolgt, sofern die Bestellung nichts anderes vorsieht, im Zeitpunkt der Abnahme der Gesamtanlage gemeinsam durch AG und AN.

Die Abnahme der Gesamtanlage erfolgt nach erfolgreichem Nachweis der Einhaltung der Beschaffenheitsgarantien gemäß §§ 443, 444 und 639 BGB bzw. der qualifizierten Beschaffenheitsmerkmale, vertragsgemäße Erfüllung im Übrigen vorausgesetzt, und wird durch das Abnahmeprotokoll des AGs dokumentiert.

## **15. Schulung, Inbetriebnahme, Probetrieb, Betriebsübernahme, Schlussabnahme und Gewährleistungszeit**

### **15.1 Schulung des Personals und Bereitstellung der Betriebsmittel**

Im Auftrag ist die Gestellung von Aufsichtspersonal für die Inbetriebsetzung und den Probetrieb zur Schulung des Personals des AGs eingeschlossen.

Während der Inbetriebsetzung und des Probetriebes verbleibt die Leitung und betriebliche Verantwortung beim AN, auch für das vom AG beizustellende und vom AN anzulernende Personal.

Die zur Inbetriebsetzung und zum Probetrieb benötigten Betriebsmittel (Strom und Wasser) werden durch den AG gestellt.

### **15.2 Inbetriebsetzung und Probetrieb**

Der zeitliche Ablauf der Inbetriebsetzung und des Probetriebs ist gemeinsam mit dem AG, nach Fertigstellung aller anderen Gewerke und der Montage, durchzuführen.

Der AN hat eventuelle Anweisungen des AGs im Rahmen der Inbetriebsetzung zu beachten. Über den Beginn der Inbetriebsetzung wird ein Protokoll erstellt. Nach beendeter kalter Inbetriebsetzung (Signal- und Funktionstests, Voreinstellung der Parameter etc.) erfolgt die Einstellung der Regler und der Steuerung aller Komponenten sowie die Probeläufe der Komponenten (warme Inbetriebsetzung).

Nach der beendeten Einstellung der Regler und Steuerungen erfolgt der festgelegte Probebetrieb, dessen tatsächlicher Beginn und Dauer zwischen dem AN und dem AG schriftlich vereinbart werden muss. Die Dauer des Probebetriebes beträgt max. 7 Kalendertage nach Fahrplan des AGs.

Der Probebetrieb hat den Zweck, den Nachweis der Betriebstüchtigkeit der Lieferung zu erbringen. Voraussetzung für die Aufnahme des Probebetriebes ist die lückenlose Übergabe der für seine Durchführung erforderlichen Zeichnungen und Bedienungsanweisungen.

Muss der Probebetrieb wegen aufgetretener Störungen, Instandsetzungsarbeiten oder Nachbesserungen, die der AN zu vertreten hat, unterbrochen werden, so verlängert sich der Probebetrieb um die Dauer der Unterbrechung

Wird die Gesamtdauer derartiger Unterbrechungen um mehr als 24 h überschritten oder zweimal aus dem gleichen bzw. fünfmal aus unterschiedlichem Grund unterbrochen, so beginnt der Probebetrieb von neuem.

Eventuelle Mehrkosten durch den verlängerten oder unterbrochenen Probebetrieb trägt der AN.

Für die Dauer des Probebetriebes sieht der AN einen Service-Techniker 24 h/Tag in Rufbereitschaft vor.

### **15.3 Betriebsübernahme**

Nach Abschluss eines befriedigenden Probebetriebes und der Übergabe aller notwendigen Unterlagen sowie aller geforderten Nachweise (z.B. Präqualifikation), erfolgt eine vorläufige Betriebsübernahme durch das Übernahmeprotokoll. Ergibt jedoch der Probebetrieb, dass das entsprechende Anlagenteil nicht sicher über alle vorgeschriebenen Belastungen betrieben werden kann, so ist das betreffende Anlagenteil so lange von der Übernahme ausgeschlossen, bis die Mängel behoben sind und ein neuer Probebetrieb ein einwandfreies Arbeiten erwiesen hat.

Der Tag der vorläufigen Betriebsübernahme wird in einem gemeinsam mit dem AG und dem AN auszufertigenden Übernahmeprotokoll festgelegt. In dieses Protokoll sind der Umfang der evtl. Beanstandungen sowie der Zeitpunkt, bis zu dem etwa festgestellte Mängel vom AN spätestens behoben sein müssen, aufzunehmen.

Die Gewährleistungszeit beginnt mit dem Tag der vorläufigen Betriebsübernahme.

Mit der vorläufigen Betriebsübernahme durch den AG gehen das Gefahrenrisiko, die betriebliche Verantwortung und die Wartung der Anlage auf den AG über, jedoch vorbehaltlich der Verpflichtungen, welche der AN während der Gewährleistungszeit und mit den Abnahmeversuchen zu erfüllen hat. Die endgültige Betriebsübernahme erfolgt nach Beendigung der Gewährleistungsdauer, unter der Voraussetzung, dass die Lieferung in allen Teilen den vorgeschriebenen Bedingungen entspricht und etwa auftretende Mängel beseitigt sind.

### **15.4 Schlussabnahme**

Die Schlussabnahme erfolgt nach Abschluss aller vertraglichen Lieferungen und Leistungen und der Vorlage der Dokumentation.

Die Abnahme der Lieferungen und Leistungen ist schriftlich zu beantragen. Die Lieferungen und Leistungen sind in jedem Falle förmlich abzunehmen. Der AN hat dem AG die Fertigstellung der Lieferungen und Leistungen unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Eine Lieferung und Leistung gilt nicht dadurch als abgenommen, dass der AG sie in Benutzung genommen hat.

Der AG ist zur Schlussabnahme jedoch erst verpflichtet, wenn die Lieferungen und Leistungen des ANs vollständig und ordnungsgemäß erbracht sind.

### **15.5 Gewährleistungszeit**

Die Lieferungen und Leistungen gehen endgültig mit dem Tage des Ablaufes der Gewährleistungszeit auf den AG über.

Die Gewährleistungszeit verlängert sich um Stillstandszeiten, die auf Mängel der Lieferung oder Leistung ursächlich beruhen.

## **16. Gewährleistung / Beschaffenheitsmerkmale**

Der AN gewährleistet:

- eine vollständige, betriebsfertige, betriebstüchtige und betriebssichere, allen An- und Abfahr-, Betriebs-, Stör- und Stillstandsfällen und allen aus dem Betrieb der Anlage herrührenden Gefahren gerecht werdende, dem Stand der Technik im Abnahmezeitpunkt entsprechende Anlage, wobei alle Einzelteile funktional und wirtschaftlich optimal aufeinander abgestimmt sein müssen und zusammen ein einheitliches Ganzes darstellen,
- die vollständige, fehlerfreie Erbringung der über die Anlage hinausgehenden, im Vertrag beschriebenen Lieferungen und Leistungen,
- die Einhaltung der maßgeblichen Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und behördlichen Auflagen.

## **17. Verjährungsfrist für Mängelansprüche**

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beginnt mit der Abnahme und beträgt 5 Jahre

Wird die Anlage aus Gründen, die der AN zu vertreten hat, während der Verjährungsfrist stillgesetzt, so verlängert sich die Verjährungsfrist um die Zeitdauer des Stillstandes.

Werden während der Verjährungsfrist fehlerhafte oder untaugliche Teile nachgebessert oder ausgetauscht, so beginnt für diese Teile die Gewährleistungszeit erneut. Die Nachbesserung bzw. der Austausch der Teile ist jeweils gemeinsam zu protokollieren. Im Protokoll ist der Beginn der neuen Verjährungsfrist nach Datum und/oder Betriebsstunden zu dokumentieren.

## **18. Mangelbeseitigung**

Der AG kann nach seiner Wahl vorrangig Neulieferung oder Mangelbeseitigung verlangen. Auf eine Mängelrüge des AGs hin hat der AN die Nacherfüllung schnellstmöglich vorzunehmen; den Zeitpunkt dafür hat er unverzüglich mit dem AG abzustimmen.

Müssen gleichartige Teile mehrfach nachgebessert oder ersetzt werden, ist der AN verpflichtet, die Ursache des mehrfachen Versagens festzustellen und durch geeignete Maßnahmen zu beheben.

Erfolgt die Nacherfüllung nicht innerhalb einer vom AG gesetzten, angemessenen Frist, ist der AG berechtigt, den Mangel auf Kosten des ANs selbst zu beseitigen oder durch einen Dritten beseitigen zu lassen. Das Gleiche gilt in dringenden Fällen, insbesondere bei Gefahr im Verzug, sowie dann, wenn die Nachbesserung fehlgeschlagen ist. § 323 Abs. 2 BGB gilt entsprechend.

Die Mangelbeseitigung und eventuell vorgenommene Anlagenänderungen sind vom AN zu dokumentieren. Die Schlusssdokumentation ist entsprechend fortlaufend anzupassen. Die Änderungen sind dem AG unentgeltlich in der vereinbarten Form zur Verfügung zu stellen.

Hat es der AN zu vertreten, dass Arbeiten abweichend von den zu Fertigung bzw. Montage freigegebenen Unterlagen oder dem Leistungsverzeichnis ausgeführt werden, so ist er verpflichtet, diesen Mangel kostenlos zu beseitigen.

Ist dies nicht möglich und werden dadurch Umplanungen, Konstruktionsänderungen oder Umbauten an den nachfolgenden Gewerken erforderlich, so hat der AN alle daraus resultierenden Kosten zu tragen.

## **19. Rücktritt**

Im Fall des Rücktritts ist der AG berechtigt, die Anlage oder Anlagenteile bis zur Schaffung eines geeigneten Ersatzes innerhalb angemessener Frist weiter zu benutzen. Der AN hat hierfür einen Anspruch auf Vergütung für die Benutzung der Anlage oder der Anlagenteile.

Der AN trägt die Kosten des Abbaus und der Rückfracht der Anlage oder Anlagenteile.

Der AN ist verpflichtet, dem AG sämtliche geleisteten Zahlungen Zug um Zug bei Erteilung der Abbauerlaubnis für die betreffende Anlage bzw. Anlagenteile zurückzuerstatten.

## **20. Gewerbliche Schutzrechte**

Soweit für die vertragsgemäße Nutzung des Liefergegenstandes bzw. der Leistung - auch in Verbindung oder im Zusammenwirken mit anderen Gegenständen - Lizenzgebühren anfallen, trägt diese der AN.

Der AN sichert zu, dass die von ihm gelieferten Gegenstände und erbrachten Leistungen frei von Rechten Dritter sind und durch ihre Lieferung oder vertragsgemäße Verwendung auch in Verbindung oder im Zusammenwirken mit anderen Gegenständen keine Patente oder sonstigen Schutzrechte Dritter innerhalb der Bundesrepublik Deutschland verletzt werden.

Sind Schutzrechte Dritter verletzt, ist der AN in erster Linie verpflichtet, durch Verschaffung der Rechte oder durch Modifikation des Liefergegenstandes oder Lieferung eines geänderten Liefergegenstandes – so weit für den AG zumutbar – dafür zu sorgen, dass die Rechtsverletzung nicht mehr besteht. Entsprechendes gilt für Leistungen des Auftragnehmers. Anderweitige Gewährleistungsansprüche bleiben unberührt.

Unbeschadet des vorstehenden Absatzes ist der AN verpflichtet, den AG von Ansprüchen Dritter wegen der Verletzung von Patenten oder sonstigen Schutzrechten sowie den im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme entstehenden Aufwendungen freizustellen. Diese Verpflichtung besteht nicht, soweit der AG ohne Zustimmung des ANs mit dem Dritten Vereinbarungen trifft, die sich auf dessen Ansprüche beziehen, insbesondere einen Vergleich abschließt.

## **21. Geheimhaltung**

Der AN hat die von ihm und seinem Personal bearbeiteten Aufgaben sowie alle Informationen, Geschäftsvorgänge und Unterlagen, die ihm anlässlich der Durchführung der Arbeiten bekannt werden, gegenüber Dritten vertraulich zu behandeln. Diese Pflicht bleibt auch nach Beendigung dieses Vertrages bestehen.

Die Geheimhaltungsverpflichtung entfällt, soweit es sich bei dem Inhalt der Informationen, Geschäftsvorgänge oder Unterlagen um Tatsachen handelt, die öffentlich bekannt sind oder später – ohne dass dies auf einer Pflichtverletzung der zur Geheimhaltung verpflichteten Partei beruht – öffentlich bekannt werden.

Der AN wird sein Personal entsprechend verpflichten.

## **22. Behandlung von Unterlagen**

Alle Schriftstücke, Pläne, Konstruktionsunterlagen, Zeichnungen etc., die dem AN im Rahmen dieser Bestellung zur Verfügung gestellt werden, bleiben ausschließliches Eigentum des AGs. Diese sind jederzeit auf Verlangen, spätestens jedoch nach der Beendigung der Arbeiten, für die sie bestimmt waren, unaufgefordert zurückzugeben, sofern der AN nicht ein berechtigtes Interesse daran hat, sie weiter bei sich aufzubewahren. Die Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechtes ist ausgeschlossen.

Die vom AN oder seinen Gehilfen zur Erfüllung des Vertrages gefertigten Unterlagen sind dem AG zu übergeben und werden dessen Eigentum. Ein Zurückbehaltungsrecht ist ausgeschlossen. Dies gilt auch, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig beendet wird.

## **23. Urheberrecht**

Der AG darf die Unterlagen für die Errichtung und den Betrieb der Anlage ohne Mitwirkung des ANs nutzen und ändern. Dies gilt auch für die Anlagen selbst, auch wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig beendet wird.

## **24. Vertragssprache**

Die Vertragssprache in Wort und Schrift ist deutsch. Dies gilt für alle Bereiche (Planung, Ausführung, Montage, Schulungen etc.), insbesondere für den gesamten Schriftverkehr, für alle Berichte und für alle Teile der Dokumentation.

## **25. Erfüllungsort und Gerichtsstand**

Erfüllungsort für die Lieferungen und Leistungen des ANs ist der im Vertrag genannte Aufstellungsort der Anlage. Gerichtsstand ist Duisburg. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

## **26. Schriftformerfordernis**

Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für das Schriftformerfordernis selbst. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen worden.

## **27. Salvatorische Klausel**

Sollten Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrages nicht berührt werden. Das Gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit möglich, dem am nächsten kommt, was die

Vertragsparteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt hätten, sofern sie bei Abschluss dieses Vertrages den Punkt bedacht hätten.

## **28. Abnahme im Lieferwerk**

Der AN hat dem AG rechtzeitig die Durchführung der Werksprobeläufe und andere Abnahmen anzuzeigen und abzustimmen, damit diese Gelegenheit zu einer Teilnahme gegeben wird und die Einsatzplanung des AGs die Erzeugung im Verbund mit den anderen Erzeugern festlegen kann.

Die Kosten von Abnahmeprüfungen im Herstellerwerk gehen, einschließlich der Stellung des Personals des ANs, der Instrumente und dergleichen, zu Lasten des ANs, soweit die Prüfung den üblichen Rahmen nicht übersteigt oder keine neutralen Sachverständigen hinzugezogen werden. Der AN wird durch den Werksprobelauf oder die Abnahmen in keiner Weise von seiner Gewährleistung und Haftung entbunden.

\_\_\_\_\_  
Ort                      Datum

\_\_\_\_\_  
Ort                      Datum

\_\_\_\_\_  
Auftraggeber

\_\_\_\_\_  
Auftragnehmer